

derwillig für dieses Gesetz stimmten, sagt nichts darüber aus, daß missionarische Aktivitäten unwillkommen sind.

Zweifelhafte Wirkungen

Über die *faktischen Zuwendungen von christlichen Institutionen an Konversionswillige* oder solche, die es vorgeben, ist im ganzen nicht viel bekannt. Bekannt ist dagegen, daß auch missionsintensive Sekten, die einer gewissen Skrupellosigkeit bezichtigt werden könnten, nur solche Zuwendungen machen, die auch sozial vertretbar sind – und oft sozial gebotene Hilfeleistung unterlassen. Da Konvertiten in Israel zumeist gezwungen sind, ihre eigene Gemeinschaft, die Familie und die soziale Gemeinschaft, zu verlassen, welche ja im Notfall auch einen materiellen Halt bietet, fällt schließlich auch eine *materielle Fürsorgepflicht* an die Gemeinschaft, der sich jene anschließen. Diese Fürsorgepflicht wird oft genug vernachlässigt oder gar unter dem Vorwand einer nur geistlichen Verantwortung verleugnet. Konversionen haben in einer Gesellschaft, die keineswegs pluralistisch ist, wohl immer auch einen sozialen Aspekt, den der Gesetzgeber zu berücksichtigen hätte.

Die *Anwendung dieses Gesetzes* könnte wohl nur negative Folgen haben. Es definiert nicht, was „materielle Zuwendungen“ im äußersten Fall sind. Sollte das Gesetz je angewendet werden, so ist dies schwerlich ohne Denunziation möglich. Die Polizei könnte bei jeder Konversion ermitteln, ob irgendwelche Zuwendungen gemacht wurden oder ob einem Bedürftigen Hilfe in Aussicht gestellt wurde. Auch wenn dieses Gesetz nur so weit angewendet werden sollte, daß mißliebige Missionare ausgewiesen werden, so wird es doch Märtyrer schaffen. Es steht in gar keinem Verhältnis und vielleicht in gar keiner Beziehung zu dem möglichen Problem „Judenmission“. Ob solche Mission an den Juden richtig und angemessen ist, wird ja von diesem Gesetz gar nicht berührt. Es entspricht wohl der Haltung jener,

die das Christentum als eine Frage an den Juden ignorieren wollen. Dies ist sicherlich ein gutes individuelles oder auch kollektives Recht, allerdings eines, das durch Gesetz nicht geschützt werden kann. Es ist zudem ein Recht, das keineswegs von allen in Anspruch genommen wird.

Die Frage, was Christentum im Hinblick auf das Judentum ist, stellt sich auch in Israel, und sie kann dort mit der notwendigen Distanz zu den Kirchen ihren Anspruch stellen. Dabei erweist sich für manche oder viele, daß Christentum, ganz abgesehen von Christen oder Kirchen, historisch zunächst eine jüdische Angelegenheit war und wenigstens als Geschichtsschreibung noch ist. Die Frage, wie weit Christentum das Judentum noch angeht, wird aber nicht von christlichen Missionaren beantwortet werden, die einer unvoreingenommenen Antwort oft nicht fähig sind, und sie wird wohl auch nicht im interkonfessionellen Gespräch beantwortet werden.

Das eigentliche Problem ist schließlich nicht die Freiheit, die der Staat Israel seinen Bürgern gewährt, sich im Gegensatz zu den herrschenden Ansichten einer anderen Religionsgemeinschaft anzuschließen und unter welchen Bedingungen, sondern *die notwendige Auseinandersetzung des Judentums mit seinen früheren messianischen oder pseudomessianischen Bewegungen*, die sich als Möglichkeiten des Judentums in der Geschichte aktualisiert haben.

Wende in der chinesischen Religionspolitik?

Der 5. Nationale Volkskongreß der Volksrepublik China, der vom 26. Februar bis 5. März in Peking zusammentrat, bestätigte nicht nur eine Reihe von wichtigen grundsätzlichen Kursänderungen, und zwar hauptsächlich auf innenpolitischem Gebiet, die bereits zuvor von der Führungsgruppe um *Hua Kuo-feng* eingeleitet worden waren, sondern überraschte

Spontanreligionen „übersehen“

Die Initiatoren des Gesetzes haben aber auch übersehen, daß die tatsächliche Verbreitung christlicher Vorstellungen heute nicht mehr von den Missionen der christlichen Kirchen oder kirchenähnlichen Sekten ausgeht, sondern in weit größerem Maße von spontanen charismatischen Gruppen (*Jews for Jesus, Jesus People* u.ä.), die schon allein deshalb, weil sie keine kirchlichen Gemeinschaften, sondern Glaubensbewegungen bilden, nicht zu fassen sind. Solche Gruppen kennen Konversion nur als Glaubens-, aber nicht als Rechtsakte. Sie bieten gewiß keine materiellen Vorteile, sondern suchen eher solche; sie bieten aber die Möglichkeit, das Bedürfnis nach religiöser Spontaneität auszuleben und religiöse Energie auf keineswegs immer ungefährliche Weise in religiöse Akte umzusetzen. Solchen Strömungen stellt sich nicht die Frage, Judentum oder Christentum, sondern eher die Frage nach Lebens- oder Glaubensweisen und nach einem Verhältnis zur Gesellschaft überhaupt. Indem man diesen Gruppen die Auseinandersetzung verweigert, nämlich die *Auseinandersetzung des Juden mit dem Judentum*, werden sie gerade dadurch erstarken. Auf diese Auseinandersetzung ist aber die israelische Orthodoxie nicht einmal so weit vorbereitet, daß sie die Gefahren und ihre Ursachen oder auch nur ihre eigenen Möglichkeiten erkennt, solchen Gefahren zu begegnen. A. G.

auch durch das plötzliche Auftauchen religiöser Führer in den Reihen der Mitglieder des „Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“. Dieses jetzt auf rund 2000 Mitglieder angewachsene Gremium trat erstmals seit 1965 wieder in Erscheinung. Es hat die Aufgabe, eine Art *Einheitsfront* möglichst aller Berufsgruppen sowie der Intel-

lektuellen, ethnischen Minderheiten, aber auch kleinerer politischer Parteien und religiöser Gruppen darzustellen, der jedoch nur beratende und während des Nationalen Volkskongresses beobachtende Funktion zukommt.

Wiederbelebung der Einheitsfront

Neu war das Wiederauftauchen dieses für aufgelöst gehaltenen Gremiums, neu auch die große Mitgliederzahl. Die Zusammensetzung dagegen entsprach der Praxis vor 1965. So waren die insgesamt 16 *Vertreter von Religionsgemeinschaften* an sich ebenso eine Selbstverständlichkeit wie die Vertreter sogenannter patriotischer „Demokratischer Parteien“. Zu diesen Parteien im Schatten der Kommunistischen Partei, von denen man eigentlich nur noch in der Konsultativkonferenz etwas merkt, gehören beispielsweise die „Studiengesellschaft vom 3. September“, die „Liga für die Demokratische Selbstverwaltung Taiwans“, das „Revolutionäre Komitee der Kuomintang“, die „Chinesische Vereinigung zur Förderung der Demokratie“, die „Chinesische Demokratische Aufbauvereinigung“, der „Demokratische Bund Chinas“, die „Chinesische Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei“ sowie die „Chinesische Volkswohlpartei“ (China aktuell, Februar 1978). Von diesen Gruppierungen hatte man *seit der Kulturrevolution* genau wie von den verschiedenen „patriotischen“ Zusammenschlüssen der Religionsgemeinschaften nichts mehr gehört. Wenn sie alle zumindest nominell jetzt wieder auftauchen, so läßt dies auf die große Notwendigkeit schließen, Geschlossenheit des ganzen chinesischen Volkes in diesen Zeiten des Umbruchs nach dem Tod von Mao Tse-tung und Tschou En-lai nicht nur zu demonstrieren, sondern auch zu ermöglichen, und zwar durch *eine vorsichtige Liberalisierung und einen begrenzten Pluralismus*. Ob diese auch auf anderen Gebieten, besonders bei Wissenschaft und Kultur, zu beobachtende Lockerung nur eine zeitlich begrenzte Lockung oder aber eine wirk-

liche Kursänderung darstellt, läßt sich augenblicklich schwer absehen.

Ganz überraschend kam die jetzige Entwicklung allerdings nicht. Denn bereits auf den verschiedenen Zusammenkünften *auf Lokal- und Provinzebene*, bei denen die Delegierten für die Konsultativkonferenz benannt wurden, waren Vertreter von Religionsgemeinschaften aufgetaucht. Und vor dem Zusammentritt der Konferenz veröffentlichte das theoretische Organ der KP Chinas, „Rote Fahne“, vom früheren chinesischen Botschafter in der Bundesrepublik, *Wang Shu*, redigiert, einen grundsätzlichen Beitrag über die Aufgaben der Einheitsfront. Ohne die Einheitsfront sei eine Konsolidierung des sozialistischen Landes gar nicht möglich. Dahinter steht unausgesprochen der Versuch, in der gegenwärtigen Phase, ebenso wie unmittelbar nach der Gründung der Volksrepublik, möglichst alle Kräfte und Talente zu mobilisieren, die zwar außerhalb der Partei stehen, aber doch loyal zur Regierung halten. Bei den auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gesetzten Zielen ist die Führung einfach auf alle diese Kräfte angewiesen.

Heute wirbt man also gezielt um all die, die seit der Kulturrevolution veräußert worden sind, die ihre Posten und Ämter, ihren Beruf und ihren Ruf verloren haben. Ausdrücklich hieß es in dem erwähnten Artikel, zur nationalen Front zählten sowohl die „*nationale Bourgeoisie*“ als auch die „*patriotischen demokratischen Parteien*“, „nicht zur Partei gehörende patriotische Persönlichkeiten“, „nationale Minderheiten“ und „*patriotische Personen aus religiösen Kreisen*“. Interessanterweise sprach man also nicht von „*patriotischen religiösen Vereinigungen*“, sondern nur von Personen aus diesen Kreisen – im Gegensatz zu den „*patriotischen demokratischen Parteien*“. Allen, die jetzt in das Komitee der Konsultativkonferenz berufen worden sind, wird ausdrücklich bescheinigt, sie hätten sich im Kampf gegen die Viererbande „gut geführt“. „Die „Viererbande“, also die um die Mao-Witwe *Chiang Ching* gescharte Gruppe angeblicher Verräter an der

Sache des von Mao Tse-tung vertretenen Marxismus-Leninismus, wird ohnehin vorgeschoben, um die jetzige Entwicklung zu begründen. Ihr wird unterstellt, nicht nur die *Trennung zwischen den einzelnen Nationalitäten* in China gefördert, sondern auch die Politik der Regierung „in Angelegenheiten der Religion“ sabotiert zu haben. Die Konsequenzen daraus seien schwerwiegend gewesen, erklärte der Vizepräsident der Konsultativkonferenz, *Hsu Teh-cheng* (vgl. *Le Monde*, 27. 2. 78). Dies dürfte jedoch eher ein weiteres Glied in der langen Kette von Beschuldigungen der „Viererbande“ sein, auf die heute jeder Fehler, jeder Mißgriff zurückgeführt wird.

„Patriotische“ Religionsführer vorgestellt

In einem unabhängig von den aktuellen Entwicklungen gegebenen Interview erklärte der frühere anglikanische Bischof von Nanking, *Ting*, der seit Jahren der einzige Gesprächspartner für protestantische Christen bei China-Besuchen ist, einiges von der *Strategie*, die hinter Einrichtungen wie der Konsultativkonferenz steht. Wörtlich sagte er: „Die Partei hält die Religion für schlecht, doch der Aufbau des sozialistischen China ist eine Aufgabe für alle Leute, die daran beteiligt werden können. Deshalb ist die Politik der Einheitsfront wichtiger. In der Einheitsfront müssen wir unsere gemeinsame Basis suchen, sagen wir z. B. Widerstand gegen Imperialismus und Feudalismus. Was uns verbindet, ist wichtiger, als was uns trennt (z. B. die Frage, ob es einen Gott gibt). Die chinesischen Kommunisten legen großen Wert darauf, daß wir bei der Einheitsfront mitmachen“ (Auftrag, Oktober 1977).

Aufsehen erregten besonders die Namen derjenigen unter den 16 Religionsvertretern, die als abgesetzt oder gar tot galten. Dazu zählen der *Pantschen-Lama* von Tibet und der katholische Erzbischof von Mukden, *Pi Shu-shih*. Der Pantschen-Lama, neben dem in Indien im Exil lebenden Dalai-Lama die zweithöchste Symbolfi-

gur in der tibetisch-buddhistischen Hierarchie, hatte zunächst mit den Kommunisten zusammengearbeitet, war dann 1964 aber beschuldigt worden, „gegen Volk, Vaterland und Sozialismus“ eingestellt zu sein. Er wurde seiner Ämter enthoben und verbrachte seither sein Leben in einem Arbeitslager. Sicherlich bedeutet die jetzige Rehabilitierung auch ein Zugeständnis an die Tibeter insgesamt. Ein anderer Tibeter, der „große lebende Buddha, *Pebala Choliebnamge*“, wurde sogar ins Präsidium der Konferenz gewählt. Ebenfalls als Geste gegenüber nationalen Minderheiten läßt sich die Teilnahme des ehemaligen Vorsitzenden der Islamischen Vereinigung Chinas, *Burhan Shahidi*, eines Uiguren aus Sinkiang, einordnen. Unter den christlichen Vertretern gab es neben zwei Katholiken einen Anglikaner und zwei Protestanten, so z. B. den Generalsekretär der Konferenz der protestantischen Kirchen Chinas, *Liu Liang-mo*. Daß überhaupt die Christen noch in der Konsultativkonferenz vertreten sind, mag auf einem neuen Gespür der politischen Führung für die internationale Sensibilität in Menschenrechtsfragen beruhen. Mehr als in der Vergangenheit ist die Volksrepublik China zudem seit ihrer Mitarbeit in internationalen Gremien wie den UN und seit Aufhebung der Isolation und ganz besonders jetzt im Hinblick auf die notwendigen riesigen Investitionen und den dringend erforderlichen Technologie-Transfer zur raschen Modernisierung der Wirtschaft auf das Wohlwollen des Auslandes angewiesen. Während bei den Religionen der nationalen Minderheiten, also bei Buddhismus und Islam, außenpolitische Rücksichtnahme im Blick auf die asiatischen Nachbarländer und die arabischen Staaten sicherlich zu dem neuen Kurs geringer Lockerungen beigetragen hat, entfällt dieser Gesichtspunkt wohl für die Christen. Deshalb dürfte die Einbeziehung der Christen in die neue Politik der Liberalisierung indirekt auch eine Bestätigung dafür sein, daß die Christen nach wie vor eine Rolle spielen.

Auf katholischer Seite gehörte neben dem mittlerweile 81jährigen Erzbi-

schof von Mukden der jüngere Jesuit *Chang Chia-shu* zu den Delegierten, der als Bischof von Shanghai deklariert wurde. Der Vatikan zeigte sich erfreut über das Auftauchen von Erzbischof Pi Shu-shih, verneinte aber gleichzeitig, den erwähnten Bischof von Shanghai zu kennen. Für Rom gilt nach wie vor *Ignatius Kung* als der rechtmäßige Bischof, der seit vielen Jahren im Gefängnis sitzt. *Chang Chia-shu* war Ende April 1960 von einer Versammlung „patriotischer Katholiken“ zum Bischof von Shanghai gewählt und kurz darauf von Erzbischof Pi Shu-shih, der noch unmittelbar vor dem Sieg der chinesischen Kommunisten geweiht worden war und seit 1957 Präsident der Katholischen Patriotischen Vereinigung Chinas ist, geweiht worden. Ein Unbekannter ist *Chang Chia-shu* allerdings keineswegs. Vor der Kulturrevolution gab er Interviews und begründete die Annahme der Wahl sehr detailliert.

Daß Erzbischof Pi Shu-shih als katholischer Repräsentant bei der Konsultativkonferenz ausersehen wurde, scheint darauf hinzudeuten, daß er nach wie vor Vorsitzender der Patriotischen Vereinigung ist und für die Regierung als Kontaktmann gilt. Dies ist wichtig für alle Überlegungen in Rom hinsichtlich einer Normalisierung der Beziehungen zur Volksrepublik. Schon 1971, als es so aussah, als komme es zu Verhandlungen zwischen Peking und dem Vatikan, waren vier *Vorbedingungen* genannt worden. Eine davon betraf die Anerkennung Pi Shu-shih als Vorsitzenden einer chinesischen Bischofskonferenz (vgl. René Laurentin, *Chine et christianisme*, Desclée de Brouwer, Paris 1977, S. 198). Da Rom den früheren Vorwurf eines Schismas nicht mehr erhebt, wäre hier durchaus ein Ansatzpunkt für einen Neubeginn gegeben.

Studium der Religionen, aber in welcher Absicht?

Eine weitere Meldung im Anschluß an den Nationalen Volkskongreß konnte zu falschen Schlußfolgerungen verleiten. Da war die Rede von der neuen

Möglichkeit, Buddhismus und andere Weltreligionen zu studieren. Das Institut für Gesellschaftswissenschaften, das dem ZK der Partei untersteht, veröffentlichte die *neuen Studiengänge*. Und darin findet sich auch ein „Institut für Weltreligionen“, das postgraduierten Studenten Kurse in Buddhismus, Islam, Taoismus und den christlichen Religionen bietet. Damit ist aber sicherlich nur eine vorgefertigte Darbietung der Grundlagen und der Fehler und Unwissenschaftlichkeit dieser Religionen gemeint. Mit einem Theologiestudium hat dies nichts zu tun. Dabei handelt es sich wohl eher um die Reaktion auf die Tatsache, daß Religionen wieder eine Rolle spielen in China, es aber nicht genügend geschulte Kader gibt, die überhaupt mitreden und fundiert argumentieren können, weil ihnen die Fakten unbekannt sind. Dies bestätigte indirekt Professor *Jen Chi-yü* von der Pekinger Universität in einem Artikel der „*Kuang Ming Pao*“ (27. 9. 77). Er gilt als Buddhismus-Experte, forderte aber jetzt den „völligen Bruch mit traditionellen Ideen“ und die Errichtung einer Gesellschaft, aus der die Religion vollkommen verbannt ist. Dies war übrigens seit vielen Jahren der erste Artikel in der chinesischen Presse mit derart heftigen antireligiösen Ausbrüchen. Eben dieser Professor ist sich aber wie viele andere in der Partei darüber im klaren, daß man die Grundlagen der derzeit noch existierenden Religionen kennen muß, wenn man sie wirksam bekämpfen und auslöschen will.

So läßt sich momentan wenig Definitives über den *Kurs der Religionspolitik* sagen. Für den einzelnen Gläubigen, der bisher mit seiner Überzeugung zurückhaltend sein mußte, mag die jetzige Entwicklung etwas mehr Freiraum schaffen. Mit der Möglichkeit einer aktiven Präsenz der Religionen mit Freiheit der Verkündigung ist jedoch kaum zu rechnen. Und als Geste gegenüber dem Vatikan ist es wohl auch nicht zu verstehen, da sowohl alle anderen Religionsgemeinschaften betroffen sind als auch die von Rom bisher nicht anerkannte „Patriotische Kirche“ alleine herangezogen wurde.

N. S.